



Nr. 162 / 04.08.2023

Die Grünen ruinieren unsere Wirtschaft

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

man soll ja nicht schwarzmalen. Aber beim ehrlichen Blick auf den Zustand unserer Wirtschaft muss man leider feststellen: Es sieht langsam wirklich düster aus für den Standort Deutschland.

Unser Land befindet sich seit Ende 2022 in einer Rezession. In allen Industrie- und Schwellenländern wächst die Wirtschaft – nur in Deutschland schrumpft sie. Das ist ein größtenteils selbst verursachtes Problem der „Ampel“ – und ein Alarmzeichen! Die Zahl der Insolvenzen steigt. In der Industrie wird bereits über Entlassungen nachgedacht. Mitten im Sommer steigt die Arbeitslosigkeit. Der „ifo-Geschäftsklimaindex“ fällt zum dritten Mal in Folge. Viele Unternehmen reduzieren ihre Produktion in Deutschland, fast die Hälfte denkt an Abwanderung ins Ausland und über Standort-Schließungen nach. Wir erleben eine schleichende Deindustrialisierung unseres Landes.

Deutschland ist seit langem ein Hochkosten-Standort – das schreckt ab! Wir haben die höchsten Energiekosten, wir haben mit die höchsten Steuern und Lohnzusatzkosten. Die Belastungen durch immer neue Regulierungen, Dokumentationspflichten sowie lange Genehmigungsverfahren haben in der laufenden Legislaturperiode laut Normenkontrollrat bereits um fast 7 Milliarden Euro zugenommen. Auch die Lohnnebenkosten steigen: Seit Januar 2023 liegen die Sozialversicherungsbeiträge erstmals seit 2012 über 40 Prozent. Kein Wunder, dass Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit verliert und im europäischen Vergleich immer weiter zurückfällt.

Die „Ampel“ verunsichert durch ihr oft praxisfernes und überhastetes Handeln viele Unternehmen (wie auch Privatpersonen, Stichwort: Heizungsgesetz). Bundeswirtschaftsminister Habeck lässt erst die Atomkraftwerke abschalten und warnt jetzt davor, dass die Industrie wegen zu hohen Stromkosten das Land verlässt. Er schlägt deshalb einen Industriestrompreis vor, während andere Teile der Bundesregierung den Spitzenausgleich beim Strompreis streichen wollen. Das würde eine Verzehnfachung der Stromsteuerlast bedeuten! 9000 energieintensiven Unternehmen drohen dann deutlich höhere Stromkosten.

Vor allem die Energiepreise bringen immer mehr Unternehmen in ernsthafte Schwierigkeiten. Ohne Industriestrompreis geht vielen Energie-intensiven Betrieben bald die Puste aus, warnen die Industrie und Experten. Alle zusätzlichen Kosten, die allein der Staat zu verantworten hat, müssen

auf den Prüfstand, also vor allem die Stromsteuer, die Netzentgelte und die Mehrwertsteuer auf Strom. Die Energie-Steuern müssen auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden!

Wir kritisieren die Bundesregierung nicht nur, wir als Unionsfraktion haben kontinuierlich konkrete Vorschläge gemacht. Insbesondere hatten wir ein Sofortprogramm zur Stärkung unseres Standortes als Antrag im Deutschen Bundestag zur Abstimmung gestellt. Die „Ampel“-Koalition hat diesen ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

Während die Bundesregierung einfach abwartet, wird das Problem jeden Monat größer. Scholz, Habeck & Co. sollten die warnenden Stimmen aus der Politik, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden sehr ernst nehmen. Stattdessen diskutiert man hierzulande ernsthaft über die Einführung der Vier-Tage-Woche und einer gesetzlich geregelten Siesta in den Sommermonaten. Hat die „Ampel“ den Ernst der Lage noch nicht verstanden?

Es besteht großer Handlungsdruck, um nicht in eine tiefe Krise hineinzusteuern. Wir brauchen einen Wirtschaftsminister und nicht nur einen Klimaschutz-Minister. Statt grüner Planwirtschaft brauchen wir richtige Wirtschaftspolitik. Bei allem notwendigen Einsatz für den Klimaschutz müssen wir aber auch endlich wieder an unsere Industrie, den Mittelstand und das Handwerk denken – denn sie sind das Rückgrat für die Arbeitsplätze und für unseren Wohlstand.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB